

Regionales

Zur Spaltung der Sozialdemokratie in Thüringen im Frühjahr 1917

Mario Hesselbarth

„Und wir in Thüringen?“¹ – Unter dieser Fragestellung befasste sich Adolf Schauder², Funktionär der Gothaer SPD, am 23. März 1917 mit der Situation im sozialdemokratischen Agitationsbezirk Groß-Thüringen. Auch wenn sich die Partei – seiner Auffassung nach richtigerweise – zu neun Zehnteln ihrer politischen Tätigkeit mit der Bewältigung von Gegenwartsaufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung beschäftigte, bedeute dies nicht, dass sie wie eine Regierungspartei agieren müsse. Diese Kritik zielte auf die Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes der SPD in der Frage der Kriegskreditbewilligung. Die Sozialdemokratie, so Schauder, habe den Krieg nicht gewollt, weshalb sie auch keinen Anlass hätte, ihn zu unterstützen. Angesichts des Beschlusses des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917, der die Mitgliedschaft in der gegen den Krieg gerichteten innerparteilichen Opposition als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei erklärte,³ fragte er, „warum sollen wir uns denn spalten? Wer Sozialdemokrat sein und bleiben will, der bleibe auf dem Boden des Programms.“⁴

Damit hatte Schauder jene Problematik angesprochen, mit der sich die große Mehrheit der Thüringischen Sozialdemokraten im Frühjahr 1917 konfrontiert sah. Ihre ablehnende Haltung gegenüber der Burgfriedenspolitik von Reichstagsfraktion und Parteivorstand einerseits und die Ausgrenzung der Opposition andererseits machten eine Entscheidung in der Frage, welche Konsequenzen hieraus zu ziehen waren, immer dringender. Die Ablehnung der Burgfriedenspolitik reichte innerhalb der thüringischen Sozialdemokratie bis in den revisionistisch und reformerisch eingestellten Flügel. Zwar spielten die Vorkriegsströmungen innerhalb der SPD bei ihrer Spaltung und der Herausbildung der USPD im Frühjahr 1917 auch in Thüringen eine wichtige Rolle. Vollständig erklären können die Konfliktlinien der Vorkriegszeit die Tatsache, dass die Bezirke Erfurt

1 Erfurter Tribüne, 23.3.1917.

2 Siehe Christos Yannacopoulos/Irma Pflüger: Der August Bebel von Gotha. Adolf Schauder (1856-1924), in: Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, Jena 2006, S.377-381.

3 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20.10.1917, Berlin 1917, S.35.

4 Erfurter Tribüne, 23.3.1917.

und Groß-Thüringen zu denjenigen gehörten, in denen infolge der Spaltung die SPD einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder verlor⁵, jedoch nicht.

Wirklich verständlich wird diese Entwicklung erst vor dem Hintergrund jener Differenzen, an denen sich die Flügel in der SPD nach dem 4. August 1914 inhaltlich wie personell neu herausbildeten.⁶ Die Mehrheit von Reichstagsfraktion und Parteivorstand wollte durch die Unterstützung der nationalen Kriegspolitik die Voraussetzung für eine auf gesellschaftspolitischer Gleichberechtigung basierende nationale Integration der arbeitenden Klasse erreichen.⁷ Diese integrative Politik setzte im Krieg den Verzicht auf jede eigenständige Politik voraus und stand damit im Gegensatz zum Revisionismus. Nicht zufällig war das „Gebot der Stunde“,⁸ die nach Karl Liebknechts Nein am 2. Dezember 1914 im Reichstag erste öffentliche Kritik an der offiziellen sozialdemokratischen Kriegspolitik, auch von Eduard Bernstein, dem theoretischen Vordenker des Revisionismus, mit erarbeitet und unterzeichnet worden. Demgegenüber hatte sich um Eduard David ein nationalistischer Flügel herausgebildet, zu dem auch Max Cohen⁹, der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Reuß ä.L./Greiz, zählte. Im Artikel „Die Parteispaltung und was ihr folgen muß“¹⁰ brachte er die Positionen dieses nationalistischen Flügels zugespitzt zum Ausdruck: „Die Partei muß nun klar und ohne Schwanken den Weg gehen, den sie in der Praxis einer kriegspolitischen Tätigkeit von 30 Monaten, zögernd zwar und ihren Aufgaben nur halb genügend, gegangen ist. Es gibt auf der beschrifteten Bahn kein Rückwärts mehr. [...] Bei der eigentümlichen und wichtigen Stellung, die die Arbeiter im Produktionsprozess einnehmen, können sie geradezu das Schicksal des Deutschen Reiches werden, wenn sie sich nicht gegen die Staatsnotwendigkeiten der europäischen Großmacht Deutschland wenden, diese vielmehr zu ihrer eigenen Sache machen. [...] Es wäre geradezu widersinnig und gegen jede Erfahrung, wenn Staaten von der Leistungsfähigkeit und dem Lebenswillen des Deutschen Reiches sich einkapseln und auf die Geltendmachung machtpolitischer Tendenzen verzichten sollten. [...] Wir brauchen, das ist eines der wichtigsten Kriegsziele, ein großes und kräftiges deutsches Kolonialreich. [...] Wir brauchen vor allem

5 Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag, in: Protokoll Würzburg, S.4-44, hier S.9.

6 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S.214-222; Dieter Engelmann: Einige neue Bewertungskriterien für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie während des Ersten Weltkrieges, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 32 (1990), S.618-626.

7 Kruse, Krieg, S.224.

8 Abgedruckt in Eugen Prager: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S.72-74.

9 Siehe Ernest Hamburger: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968, S.498-502.

10 Sozialistische Monatshefte, Nr. 2/1917. Hier zit. nach: Karl Kautsky: Die Wendung zum Nationalsozialismus im Kriege, in: Die Neue Zeit 35 (1917), S.561-569, hier S.568f.

die Zusammenfassung der kontinentaleuropäischen Kräfte zu einem wirtschaftlich zusammenhängenden Imperium, damit endlich (mehr als 100 Jahre nach Napoleon) ein von England unabhängiges Kontinentaleuropa entsteht.¹¹

Max Cohen gehörte zur Vorkriegslinken. Auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 hatte er sich kritisch zu dem von Hugo Haase vorgeschlagenen Weg geäußert, Kriege durch das Engagement der Partei auch innerhalb des kapitalistischen Systems zu verhindern. Er hielt dies 1912 für eine Illusion, denn der Friede könne nur durch den Sozialismus garantiert werden.¹² Es war diese dezidiert linke Position, welche die Greizer Sozialdemokraten bewogen hatte, Cohen für die Kandidatur in dem für die SPD sicheren Wahlkreis Reuß ä.L. aufzustellen.¹³

In der Tendenz traten die von Cohen 1917 geäußerten Positionen unmittelbar nach Ausbruch des Krieges innerhalb der SPD auf. Dagegen erhob sich frühzeitig Widerspruch. Wilhelm Knauf, Vorsitzender des Wahlkreisvereins Reuß j.L./Gera schrieb an Konrad Haenisch, ebenfalls ein Vorkriegslinker, der auf nationalistische Positionen abgeschwenkt war: „Wir simplen Genossen, die wir hinter der Fraktionsmehrheit stehen, lehnen diese Schlußfolgerungen jedenfalls ab. [...] Wenn dies die logische Fortsetzung der Fraktionspolitik sein sollte, [...] dann sind unsere Massen nicht mehr zu halten.“¹⁴

Vor diesem Hintergrund wäre zu fragen, ob das „Einschlafen des Parteilebens“, welches nach Ausbruch des Krieges 1914 vielerorts in Thüringen zu beobachten war,¹⁵ zumindest partiell als Ausdruck eines passiven Widerstandes vieler Parteimitglieder gewertet werden kann, die sich so der Beeinflussung durch die Kriegspaganda innerhalb der Partei entzogen. Ein Anzeichen hierfür ist die Kritik der Jenaer SPD-Parteileitung Ende 1914/Anfang 1915 an ihrer Basis, die kaum noch zu den Parteiversammlungen erschien und so die Kriegslichtbildvorträge verpasse.¹⁶ Die zunehmende Ablehnung der integrativen Politik der Mehrheit in Reichstagsfraktion und Parteivorstand bildete den Boden für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit. Getragen wurde die aktive Antikriegsopposition in Thüringen von drei Gruppen, wobei die hier vorgenommene Einteilung keine ist, welche die damaligen Akteure für sich selbst so proklamiert hätten.

11 Ebenda.

12 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S.427-429.

13 Siehe Hamburger, Juden, S.498.

14 Zit. nach: Kruse, Krieg, S.181.

15 Siehe Walter Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914-1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD, Dissertation, Halle 1965, S.34.

16 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 7.12.1914 und 1.2.1915.

Da war zunächst die Vorkriegslinker. Otto Geithner,¹⁷ der Redakteur des „Gothaer Volksblattes“, machte dieses zu Beginn des Krieges zu einem Sprachrohr der Opposition. Geithner hatte in der Schweiz August Bebel und W. I. Lenin kennengelernt¹⁸ und war 1910 nach Gotha zum „Volksblatt“ gekommen. Dieses wurde Anfang 1915 verboten, „weil es gegen die vaterländische Haltung der Sozialdemokratie selbst Stellung genommen hat“,¹⁹ so die Begründung des stellvertretenden Generalkommandos. Geithner nahm am 5. März 1915 an der Gründung der Gruppe Internationale in Berlin teil,²⁰ war aber später kein aktives Spartakusmitglied und kam erst 1920 als Befürworter der 21 Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale zur KPD. Emil Höllein,²¹ seit 1905 in Jena, war Leiter des Diskutierclubs, der unter dem Eindruck der russischen Revolution und der Debatten über den Massenstreik entstanden war. Hier sammelte sich die Vorkriegslinker Jenas.²² Anfang 1915 wollten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Höllein für die Mitarbeit an der „Internationale“ gewinnen,²³ was jedoch wegen seiner „ideologischen Unklarheiten“²⁴ nicht zustande kam. Höllein sollte sich vor dem USPD-Parteitag in Halle 1920 gegen deren Spaltung aussprechen und fordern, den Streit um die Aufnahmebedingungen nicht als Machtfrage auszutragen.²⁵

Die zweite Gruppe der Antikriegsopposition bildete die Arbeiterjugendopposition, zu der in Thüringen ca. 3.100 Mitglieder gehörten.²⁶ Ausgehend von dem in Jena bereits 1906 gegründeten Arbeiterjugendbildungsverein „Junge Garde“ erfuhr die Thüringer Arbeiterjugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg vor allem infolge der Tätigkeit Georg Schumanns²⁷ als deren Leiter ein schnelles

17 Siehe Helga Raschke: „In contumicium“ aus der KPD geworfen. Ernst Geithner (1876-1948), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, *Ideen*, S.177-183; Hermann Weber/Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S.239f.

18 Siehe Raschke, „In contumicium“, S.178.

19 Ebenda, S.180.

20 Siehe Gerhard Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen*, Erfurt 1974, S.24.

21 Siehe Andreas Herbst: *Radikal und kompetent. Emil Höllein (1889-1929)*, in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, *Ideen*, S.235-242; Hannelore Freundlich: *Emil Höllein – Lebensbild eines Revolutionärs*, in: *Beiträge zur Geschichte Thüringens*, Bd. II, Erfurt 1970, S.178-185; Weber/Herbst, *Kommunisten*, S.318.

22 Siehe Ullrich Hess: *Geschichte Thüringens 1866 bis 1914*. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl, Weimar 1991, S.400.

23 Siehe Freundlich, Höllein, S.180.

24 Pöhland, *Arbeiterbewegung*, S.40.

25 Siehe Herbst, *Radikal und kompetent*, S.238.

26 Siehe Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917*, Berlin 1987, S.489.

27 Siehe Kurt Kühn: *Georg Schumann. Eine Biographie*, Berlin 1965; Weber/Herbst, *Kommunisten*, S.717f.

Wachstum.²⁸ Nicht zuletzt wegen seiner Bekanntschaft mit Karl Liebknecht²⁹ beteiligte er sich an den Pfingsttreffen der Thüringer Arbeiterjugend 1910 in Jena und 1912 in Ilmenau und agitierte dort gegen den Militarismus.³⁰ Schumanns Nachfolger Curt Böhme³¹ nahm auf Einladung Liebknechts an der Gründung der Spartakusgruppe Anfang Januar 1916 in Berlin teil.³² Er leitete auch, nachdem Höllein im März 1915 einberufen worden war, die illegale Jenaer Oppositionsgruppe. Diese stellte mit Gründung der USPD ihre Arbeit jedoch weitgehend ein, da sie sich nun in der neuen Partei offiziell betätigen konnte. Curt Böhme, der die illegale Arbeit zunächst noch fortsetzte, empfand dies rückblickend als eine Verengung seiner eigenen Tätigkeit, da es nur noch um die Aufrechterhaltung des Kontaktes zur Spartakusleitung in Berlin gegangen sein soll.³³ Zur dritten Gruppe, den pazifistischen Kriegsgegnern, zählte der Redakteur der „Nordhäusener Volkszeitung“ Johann Kleinsphen,³⁴ der kein Vorkriegslinker war. Er gehörte nach 1918 zum rechten Flügel der USPD. Laut Böhme hatte Kleinsphen ebenfalls an der Gründung der Spartakusgruppe in Berlin teilgenommen.³⁵ Zu den pazifistischen Kriegsgegnern zählte auch Wilhelm Bock, der 1869 die Eisenacher Partei mitbegründet hatte und 1875 aktiv an deren Vereinigung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beteiligt gewesen war.³⁶ Bis 1910 tendierte er zum Revisionismus und danach zum marxistischen Zentrum. Als Reichstagsabgeordneter für Gotha stimmte er am 3. August 1914 in

28 Siehe Wolfgang Schumann: Carl Zeiss Jena. Einst und Jetzt, Berlin 1962, S.207.

29 Siehe Kühn, Schumann, S.64.

30 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S.400.

31 Siehe Curt Böhme: Erinnerungen aus der politischen Arbeit in Stadt und Unterbezirk Jena in den Jahren um den ersten Weltkrieg, Gera 30.7.1957, unveröffentlichtes Manuskript im Nachlass Wörfel. Biographische Angaben zu Böhme, in: Ronald Sassning: Die Jenaer Osterkonferenz 1916 und ihre aktuellen Lehren. Materialien und Dokumente zum 50. Jahrestag, Gera 1967, S.74f.

32 Siehe ebenda, S.16. Aus Briefen Käthe Dunckers an Hermann Duncker schließt Heinz Deutschland, dass die Gründungskonferenz entgegen der üblichen Darstellung nicht am 1.1.1916, sondern einen Tag später stattfand. Siehe Heinz Deutschland (Hrsg.): Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten. Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S.42, 46.

33 Siehe Böhme, Erinnerungen, S.23.

34 Siehe Klaus Schmidtke: Die SPD in Nordhausen und Salza. Bürgerstadt und Arbeiterdorf zwischen Kaiserreich und DDR, in: Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993, S.183-286, hier S.210.

35 Siehe Böhme, Erinnerungen, S.16.

36 Siehe Mario Hesselbarth: Der Großvater des Sozialismus in Thüringen. Wilhelm Bock (1846-1931), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, Ideen, S.53-62. In seinen Erinnerungen machte Bock keine Angaben über seine Rolle während der Parteispaltung 1916/17. Siehe Wilhelm Bock: Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927.

der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite.³⁷ Alle Genannten waren Unterzeichner des Unterschriftenflugblattes vom 9. Juni 1915,³⁸ mit dem – von Karl Liebknecht initiiert –, die Opposition innerhalb der Partei reichsweit öffentlich wurde. August Baudert,³⁹ Reichstagsabgeordneter und Sekretär des Agitationsbezirk-Groß-Thüringen, kritisierte das Unterschriftenflugblatt. Zwar respektierte er andere Meinungen, forderte aber von der Minderheit, sich bei ihrer Kritik jeder Öffentlichkeit zu enthalten.⁴⁰ Angesichts neuer Herausforderungen wäre die Geschlossenheit der Partei das wichtigste, auch er würde weiterhin „gegen Kapitalismus, gegen den Krieg und für einen dauernden Frieden“⁴¹ arbeiten. Das war kein Lippenbekenntnis, von ihm kam vor der zweiten Abstimmung über die Kriegskredite Anfang Dezember 1914 fraktionsintern eine der 17 Gegenstimmen.⁴²

Bauderts Haltung gegenüber dem Unterschriftenflugblatt umreißt die Position der Thüringer Bezirksleitung bis zum Frühjahr 1917, die von einem unbedingten Festhalten an der Parteieinheit gekennzeichnet war. Sie verlangte von der Minderheit, sich unterzuordnen und alles zu vermeiden, was die Geschlossenheit der Partei nach außen gefährdete. Die Oppositionellen wurden mit ihrer Haltung akzeptiert, und ihnen wurde das Recht eingeräumt, intern, aber nicht öffentlich, für ihre Position zu streiten. Vielleicht verband die Leitung um Baudert damit auch die Hoffnung, dass die Opposition die Mehrheit erringen würde. Mit ihrer Position befand sich die Thüringer Bezirksleitung jedoch in einem unauflösbaren Widerspruch, denn ohne Öffentlichkeit gab es keine Opposition. Der Erhalt der Parteieinheit im Sinne des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion bedeutete keine Öffentlichkeit für die Opposition, also letztlich auch keine Opposition. Zur Durchsetzung ihrer Position war die Parteirechte zur Spaltung entschlossen.⁴³

Die disziplinarischen Maßnahmen gegen die Opposition vom 18. Januar 1917⁴⁴ lehnte die Thüringer Bezirksleitung ab. Schon im April 1916 hatte sie sich der

37 Siehe Prager, Geschichte der USPD, S.26.

38 Siehe Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II Bd. 1, Berlin 1958, S.169-185.

39 Siehe Peter Franz: Ein sozialistischer Basisarbeiter. August Baudert (1860-1942), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, Ideen, S.30-38.

40 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 8.7.1915.

41 Ebenda.

42 Siehe Prager, Geschichte der USPD, S.45.

43 „Es ist vollbracht. Scheidung auf der ganzen Linie. Mein Ziel. Ich habe gesiegt. Nun gilt es, Zentrum und Rechte innerlich zu konsolidieren, auf dem Boden einer ehrlichen reformistischen Politik“. Tagebucheintrag Eduard Davids vom 24.3.1916, dem Tag, an dem die Minderheit aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen wurde, in: Erich Matthias/Susanne Miller/Karl Dietrich Bracher: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, Düsseldorf 1966, S.168.

44 Siehe Protokoll Würzburg, S.35.

Erklärung von 14 SPD-Reichstagsabgeordneten angeschlossen,⁴⁵ die der Fraktionsmehrheit das Recht absprach, die Minderheit auszuschließen⁴⁶. Ein knappes Jahr später erklärte die Thüringer Bezirkskonferenz am 18. Februar 1917 mit 32 zu sechs Stimmen: „Es gibt kein außerhalb der Partei stellen“.⁴⁷ Ausdrücklich stellte die Konferenz fest, der Parteivorstand spalte die Partei, wenn er das Recht der Opposition auf freie Meinungsäußerung unterdrücke. Zugleich forderten die Teilnehmer von den Thüringer Sozialdemokraten, sich nicht an Sonderorganisationen zu beteiligen, da diese die Partei ebenfalls auseinanderreißen würden.⁴⁸

Die Opposition in Thüringen selbst sah sich keinesfalls als Abspaltung. Die Jenaer Ortsgruppe,⁴⁹ welche ihren Vorsitzenden Richard Zimmermann⁵⁰ zur Oppositionskonferenz am 7. Januar 1917 nach Berlin delegiert hatte,⁵¹ erklärte ausdrücklich, auf dem Boden der Resolution Lipinski zu stehen, welche betonte, als Opposition in der Partei wirken zu wollen.⁵² Das gleiche erklärten die Ortsgruppen Eisenachs und Umgebung. Sie bekannten sich zur Opposition und wollten, im Rahmen der Partei, von diesem Standpunkt aus für die Interessen und Grundsätze der Partei wirken.⁵³ In diesem Sinne erklärte sich auch die Wahlkreisorganisation Greiz.⁵⁴

Angesichts der im Frühjahr 1917 fortschreitenden Spaltung der SPD außerhalb Thüringens waren die Positionen der Bezirksleitung und der oppositionellen Gruppen nicht mehr haltbar. Auch die von der „Erfurter Tribüne“ unmittelbar vor der Gründung der USPD entwickelte Konzeption stellte die Entschlossenheit des Parteivorstandes, die Opposition auszuschließen, nicht in Rechnung. Das Blatt begrüßte die Gründung der neuen Partei als Zusammenfassung der Ausgeschlossenen und ersten Schritt zur Wiedererlangung der Parteieinheit.⁵⁵ Aus ihrer Sicht war die USPD ein Notbehelf, um die oppositionellen Mitglieder zu sammeln und zum gegebenen Zeitpunkt deren Rückkehr in die Partei herbei-

45 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 14.4.1916.

46 Siehe Erich Matthias/Eberhardt Pikart: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf 1966, S.177. Die Minderheit gründete daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG).

47 Weimarerische Volkszeitung, 22.2.1917.

48 Siehe ebenda.

49 In Jena hatte die Opposition im Juni 1916 bei den Wahlen zum Ortsvorstand die Mehrheit erhalten. Siehe Weimarerische Volkszeitung, 16.6.1916.

50 Siehe Weber/Herbst, Kommunisten, S.897f.

51 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 5.1.1917.

52 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 15.1.1917. Die Resolution Lipinski ist abgedruckt in: Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U.S.P.D: vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin. Herausgegeben von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S.97f.; siehe auch Prager, Geschichte der USPD, S.126f.

53 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 1.2.1917.

54 Siehe Erfurter Tribüne, 31.3.1917.

55 Siehe Erfurter Tribüne, 4.4.1917.

zuführen.⁵⁶ Dies traf durchaus das Denken vieler thüringischer Sozialdemokraten bis 1918/19.⁵⁷ Die „Erfurter Tribüne“ forderte von der Opposition, dort in der Partei zu verbleiben, wo sie in der Mehrheit sei, wie dies in Thüringen und im Bezirk Erfurt der Fall war.

Tatsächlich hatte Adolf Schauer während der Bezirkskonferenz den Eindruck gewonnen, dass die Thüringer SPD in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Opposition teilte.⁵⁸ Der Antrag, sich offen auf die Position der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu stellen, war jedoch mit 17 gegen 21 Stimmen abgelehnt worden.⁵⁹ Die Opposition drängte nun ebenso auf Klärung der Position in Thüringen wie die Unterstützer der Vorstandspolitik, denn mit der am 18. Februar 1917 beschlossenen Resolution hatte sich die Bezirkskonferenz jeglicher inhaltlicher Stellungnahme im Streit um die Kriegskreditbewilligung enthalten. Dies veranlasste den zur Mehrheit gehörenden Rudolstädter Reichstagsabgeordneten Arthur Hofmann,⁶⁰ den Agitationsbezirk dahingehend zu kritisieren, man könne der Auseinandersetzung nicht ewig aus dem Wege gehen. Seine Position war auf der Bezirkskonferenz klar in der Minderheit geblieben, ein entsprechender Antrag hatte nur neun Stimmen bei 26 Gegenstimmen erhalten.⁶¹ Mit seinem Artikel „Und wir in Thüringen“⁶² hatte er die Debatte in Thüringens sozialdemokratischer Presse faktisch eröffnet. Die Position der Bezirkskonferenz verteidigend, wies Baudert unter der gleichen Fragestellung darauf hin, daß auch Teilen der Thüringer Opposition die Geschlossenheit der Partei zunächst die Hauptsache sei.⁶³

Der Anlass für Bauderts Beitrag in der „Weimarerischen Volkszeitung“ war jedoch nicht Hofmanns Kritik, sondern eine Initiative des Vorstandes der Gothaer Wahlkreisorganisation. Diese bekannte sich auf einer Wahlkreisversammlung am 11.

56 Siehe ebenda.

57 Wilhelm Knauf wies in seiner Rede auf dem Märzparteitag 1919 ausdrücklich auf die Einigungsbestrebungen in Ostthüringen hin. Siehe Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 2. bis 6. März 1919, Berlin 1919, S.147. Von der Ostthüringer USPD ging Ende November die Initiative zu einem Bündnis beider sozialdemokratischer Parteien bei der bevorstehenden Wahl zur Nationalversammlung aus (siehe Schulze, Novemberrevolution, S.142). Ein weiterer Beleg hierfür sind die Anträge aus Jena und Weimar an den Weimarer SPD-Parteitag 1919 (siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10.-15. Juni 1919, Berlin 1919, S.74f.).

58 Siehe Erfurter Tribüne, 23.3.1917.

59 Siehe Erfurter Tribüne, 22.2.1917.

60 Siehe Ullrich Hess: Arthur Hofmann und der Kampf der Sozialdemokratie um den Reichstagswahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt 1871-1912, in: Rudolstädter Heimathefte 2 (1956), S.169-177 und S.220-235.

61 Siehe Erfurter Tribüne, 22.2.1917.

62 Altenburger Volkszeitung, 20.2.1917.

63 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 17.3.1917.

März 1917 noch einmal offen zur Opposition und lud zu einer Thüringer Oppositionskonferenz ein,⁶⁴ die am 25. März 1917 in Gotha stattfand. Viel mehr ist über die Konferenz bisher nicht bekannt geworden.⁶⁵ Die einzigen verwertbaren Informationen stammen aus einem kurzen Bericht der „Erfurter Tribüne“, die entsprechend ihrer Haltung die Oppositionskonferenz begrüßte, da nicht die Spaltung, sondern die Einheit der Partei im Vordergrund gestanden hätte.⁶⁶ Zwar gab es auf der Konferenz Stimmen, die eine Verkleisterung der Differenzen nicht länger mitmachen wollten, doch waren bisher Maßnahmen des Bezirksvorstandes gegen die Opposition unterblieben, weshalb deren Mehrheit in der Partei bleiben wollte.⁶⁷

Die Einschätzungen Bauderts⁶⁸ und Paul Reißhaus⁶⁹ vom 18. April 1917 im Parteiausschuss der SPD, wonach die Anwesenden aus Thüringen auf dem Gründungsparteitag der USPD, anders als im offiziellen Bericht angegeben,⁷⁰ in ihrer Mehrheit von ihren Organisationen nicht delegiert worden waren, erscheinen vor diesem Hintergrund als zutreffend. Beider Hoffnungen jedoch, die Masse der Sozialdemokraten Thüringer würde in der SPD verbleiben, erwiesen sich als trügerisch. Deren Oppositionshaltung ließ sich nicht mehr mit der Politik des

64 Siehe ebenda.

65 Dies auch, weil der von der „Erfurter Tribüne“ am 27.3.1917 angekündigte Bericht über die Konferenz nicht erschien. Wer dort anwesend war, was besprochen und beschlossen wurde, konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Schulze erwähnt die Konferenz eben sowenig wie Ullrich Hess (siehe Ullrich Hess: Die sozialdemokratische Presse in Thüringen vom Ende des 19. Jh. bis zur Novemberrevolution 1918, in: Rudolstädter Heimathefte 9 [1963], S.88-101 und S.249-255). Ewald Buchsbaums Angaben zur Oppositionskonferenz sind ungenau (siehe Ewald Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920 unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920, Dissertation, Halle 1965, S.1917).

66 Siehe Erfurter Tribüne, 27.3.1917.

67 Siehe ebenda.

68 Siehe Erfurter Tribüne, 24.4.1917.

69 Siehe Erfurter Tribüne, 23.4.1917. Paul Reißhaus (1855-1921) war SPD-Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld. Eine geschlossene neuere Darstellung seiner Biographie existiert zur Zeit nicht. Reißhaus, von Beruf Schneidermeister, war 1881 unter dem Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen worden und kam nach Erfurt. Hier wurde er zur dominierenden Persönlichkeit der Vorkriegs-SPD (siehe hierzu insgesamt Hess, Geschichte Thüringens). Reißhaus hatte nach 1914 sowohl in der Reichstagsfraktion als auch im Parteiausschuß gegen den Ausschluß der Opposition gestimmt (siehe Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.152). Zu seiner Rolle in Erfurt während des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution kritisch aus Sicht der DDR-Geschichtsschreibung Willibald Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt während des 1. Imperialistischen Weltkrieges und der Novemberrevolution, Erfurt 1963.

70 Siehe Protokoll Gotha, S.38.

Parteivorstandes in Übereinstimmung bringen. Ihr Motiv hatte Wilhelm Bock zur Eröffnung des USPD-Gründungsparteitages ausgesprochen: „Die Wiedergeburt der Sozialdemokratie ist das hohe Ziel, das sich diese Konferenz gesteckt hat.“⁷¹

„In Anbetracht des Verhaltens des Parteivorstandes, das jeder Gerechtigkeit Hohn spricht und die alten bewährten Grundsätze und das Parteiprogramm außer Kraft setzt und die Interessen der großen Masse der Parteigenossen mit Füßen tritt“, beschloss die große Mehrheit der Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen Ende Mai 1917 ihren Übertritt zur USPD.⁷² So oder ähnlich lauteten im Frühsommer 1917 die Begründungen, mit denen sich die Mehrheit der Sozialdemokraten in Gotha, Reuß ä.L./Greiz, Reuß j.L./Gera, Schwarzburg-Sondershausen, Heiligenstadt-Worbis, Nordhausen, Mühlhausen-Langensalza, Jena und Eisenach der neuen Partei anschlossen.⁷³

71 Ebenda, S.9.

72 Siehe Erfurter Tribüne, 29.5.1917.

73 Siehe Schulze, Novemberrevolution, S.30.